

# **Informationen über die Erhebung von personenbezogenen Daten nach Artikel 13 EU-DSGVO für die unterhaltsrechtliche Beratung eines jungen Volljährigen**

## **Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen und ggf. seines Vertreters**

Landkreis Helmstedt  
Herr Landrat Gerhard Radeck  
Südertor 6  
38350 Helmstedt  
Tel.: +49 5351 121-0  
Fax: +49 5351 121-1600  
E-Mail: [kreisverwaltung@landkreis-helmstedt.de](mailto:kreisverwaltung@landkreis-helmstedt.de)

## **Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten**

Zweckverband Kommunale  
Datenverarbeitung Oldenburg (KDO)  
Herr Torsten Knöller  
Am Patentbusch 2  
26125 Oldenburg  
Tel.: +49 441 9714-159  
E-Mail: [knoeller@kdo.de](mailto:knoeller@kdo.de), [datenschutz@kdo.de](mailto:datenschutz@kdo.de)

## **Zwecke und Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten**

Im Rahmen der unterhaltsrechtlichen Beratung eines jungen Volljährigen werden folgende personenbezogene Daten des volljährigen Kindes benötigt, um dessen Unterhaltsansprüche zu prüfen und bei der außergerichtlichen Durchsetzung dieser Ansprüche zu unterstützen:

Familienname, Name, Anschrift, Geburtsdatum, Geburtsort, Staatsangehörigkeit sowie ggf. Art und Dauer des Bezugs von Sozialleistungen, Einkommen, Angaben zur Wohnsituation, Bankverbindung.

Rechtsgrundlage der Verarbeitung der erhobenen personenbezogenen Daten ist Art. 6 Abs. 1c Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) in Verbindung mit den Vorschriften § 18 Abs. 4 SGB VIII, §§ 62 SGB VIII ff., 83 SGB X.

## **Berechtigte Interessen des Verantwortlichen oder eines Dritten, die verfolgt werden gemäß Artikel 6 Abs. 1 lit. f EU-DSGVO**

Im Rahmen der Beratung umfasst das berechtigte Interesse das rechtliche, tatsächliche und/oder wirtschaftliche Interesse des jungen Volljährigen, wobei eine umfassende Interessensabwägung insbesondere anhand des Zwecks der Datenverarbeitung sowie der Art und des Inhalts der betroffenen Daten erfolgt.

## **Empfänger der personenbezogenen Daten gemäß Artikel 4 Nr. 9 EU-DSGVO**

Die erhobenen personenbezogenen Daten werden zur Geltendmachung des Unterhaltsanspruchs an folgende beteiligte Personen weitergegeben:

beide unterhaltsverpflichtete Elternteile und ggf. deren anwaltliche Vertretung, soweit diese Daten ihm bzw. dessen Vertretung auch im Rahmen eines gerichtlichen Verfahrens bekannt würden.

An andere Stellen im Jugendamt dürfen die erhobenen Daten ohne Ihre vorherige Einwilligung grundsätzlich nicht weitergegeben werden. Gleiches gilt für die Weitergabe an andere Behörden oder Gerichte.

## **Speicherdauer oder Kriterien für die Festlegung der Speicherdauer**

Die im Rahmen der Beratung erhobenen personenbezogenen Daten werden grundsätzlich 3 Jahre gespeichert und im Anschluss daran vernichtet.

## **Rechte der Betroffenen**

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so hat sie ein **Recht auf Auskunft** über diese personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 DSGVO im einzelnen aufgeführten Informationen.

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die **Berichtigung** sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und ggf. die **Vervollständigung** unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen (Art. 16 DSGVO).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 DSGVO im einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft, z. B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden (**Recht auf Löschung**).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die **Einschränkung der Verarbeitung** zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DSGVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z. B. wenn die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat, für die Dauer der Prüfung durch den Verantwortlichen.

Wenn die Verarbeitung auf einer Einwilligung beruht, hat die betroffene Person das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten **Widerspruch** einzulegen. Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten dann nicht mehr, es sei denn, er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DSGVO).

Jede betroffene Person hat unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs das **Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde**, wenn die betroffene Person der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt (Art. 77 DSGVO). Die betroffene Person kann dieses Recht bei einer Aufsichtsbehörde in dem Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes geltend machen. In Niedersachsen ist die zuständige Aufsichtsbehörde:

#### **Die Landesbeauftragte für den Datenschutz Niedersachsen**

Prinzenstraße 5

30159 Hannover

Telefon: 0511 1204500

Telefax: 0511 1204599

E-Mail: [poststelle@lfd.niedersachsen.de](mailto:poststelle@lfd.niedersachsen.de)